

Ich sage also, Sicherheit und persönliche Freiheit gehören zusammen, und wir lassen sie auch nicht auseinanderdividieren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Die organisierte Kriminalität hat viele Gesichter. Ich bin dem Innenminister sehr dankbar - und möchte das hier ausdrücklich betonen -, daß er in den Verhandlungen mit Otto Schily klargemacht hat, eine Verschlechterung des polizeilichen Instrumentariums bei der Verbrechensprävention, eine Verschlechterung dieses Instrumentariums, wie wir es in Bayern in unserem Polizeiaufgabengesetz haben, kommt nicht in Frage. Sie kommt auch für die CSU-Landtagsfraktion nicht in Frage. Wir werden das Polizeiaufgabengesetz materiell nicht ändern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir sind froh darüber, daß wir in Bayern die Möglichkeiten des sogenannten großen Lauschangriffes für den präventiven Bereich längst haben, und wir werden sie weiterhin behalten und in Übereinstimmung mit der Verfassungsordnung entsprechend nutzen. Wenn Bayern das sicherste Land in der Bundesrepublik Deutschland ist, dann hängt das entscheidend auch damit zusammen, daß wir in der Gesetzgebung und im Vollzug immer ganz großen Wert darauf gelegt haben, unseren Polizeibeamten das Instrumentarium zu geben, das diese für eine effektive Verbrechensbekämpfung benötigen.

Noch ein Letztes, meine Damen und Herren: Es ist aus meiner Sicht beschämend, in welcher Art und Weise der zuvor ausgehandelte Kompromiß zum großen Lauschangriff - oder besser, zur Überwachung von Verbrecherwohnungen - verwässert worden ist und wie in diesem Zusammenhang

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hahnzog (SPD))

deutsche Ministerpräsidenten nach der Pfeife von Herrn Lafontaine tanzen mußten und das auch getan haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zuruf von der SPD)

Eine unrühmliche Rolle - ohne sie überschätzen zu wollen - hat in diesem Zusammenhang auch der geschätzte Kollege Dr. Hahnzog gespielt.

(Zuruf von der SPD)

Es ist doch ganz klar, meine Damen und Herren, was für ein Plan hier verfolgt wird: Da wird ein Instrument zuerst abgelehnt und schließlich unter erheblichem öffentlichem Druck - denn die Menschen wollen Verbrechensbekämpfung, meine Damen und Herren - widerwillig akzeptiert,

(Prof. Dr. Gantzer (SPD): Sind wir keine Menschen?)

es wird dann diesem Instrument Ineffizienz vorausgesagt und gleichzeitig alles dafür getan, durch Verwässerung, die man Verbesserung nennt, dieser Ineffizienz auch zum Erfolg zu verhelfen. Dann stellt man sich hin und sagt: Wir

haben es ja gleich gesagt, die Sache funktioniert nicht. Das ist bedauerlich. Sobald sich eine Gelegenheit bietet, werden wir wieder für echte Nachbesserungen eintreten.

(Dr. Hahnzog (SPD): Das dauert sehr, sehr lange!)

Bei der jetzigen Gesetzeslage in der Strafprozeßordnung wird es den Drahtziehern der organisierten Kriminalität ein leichtes sein, sich durch Einkauf in verschiedene Berufsgruppen ein flächendeckendes Netz an Helfershelfern zu verschaffen, die dank Ihrer „Verbesserungsvorschläge“ geschützt sind. Es ist klar, daß wir von der CSU und ebenso die Bevölkerung, jedenfalls überwiegend, damit nicht zufrieden sind.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer: Die Aussprache ist geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuß für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit als federführendem Ausschuß zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? - Dann ist das so beschlossen. Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 2 i

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes (Drucksache 13110794)

- Erste Lesung -

Wird der Gesetzentwurf von seiten der Staatsregierung begründet? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die allgemeine Aussprache. Die Redezeit beträgt fünf Minuten pro Fraktion. Wortmeldungen? - Keine. Dann ist die Aussprache geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuß für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik als federführendem Ausschuß zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? - Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 21

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Drucksache 13/10832)

- Erste Lesung -

Wird der Gesetzentwurf von seiten der Staatsregierung begründet? - Dies ist der Fall. Ich erteile Herrn Staatssekretär Zeller das Wort. Für die Fraktionen beträgt die Redezeit in der Aussprache fünf Minuten. Herr Staatssekretär, bitte.

Staatssekretär Zeller (Finanzministerium): Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Staatsminister Erwin Huber hat bei der Ersten